DURCHBLICK

Nr. 185 - Juni 2015

Nachrichten der Seniorenvertretungen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

"Für pflegerische Hilfstätigkeiten missbraucht!"

Bundesgesundheitsminister Gröhe verkündet jede Menge Verbesserungen, die die Bundesregierung im Pflegebereich auf den Weg gebracht hat oder noch auf den Weg bringen will. So ist es seit Anfang dieses Jahres möglich, dass Pflegeheimbetreiber mehr zusätzliche Betreuungskräfte einsetzen können, ohne dass es sie etwas kostet. Nun ist erneut deutlich geworden, dass dieses Angebot zu einem nicht geringen Teil missbräuchlich genutzt wird.

Eigentlich sollen sie für pflegebedürftige Menschen in stationären Einrichtungen lediglich für ein wenig Abwechslung und Beschäftigung sorgen. Das hat der Gesetzgeber in der so genannten Betreuungskräfte-Richtlinie aus 2008 eindeutig geregelt und als Beispiel dafür u.a. genannt: Malen, Basteln, Singen und Musizieren, Spazierengehen, Spielen, Vorlesen und so weiter. Ziel ist es, den Betroffenen durch die zusätzlichen Angebote mehr Zuwendung und eine höhere Wertschätzung entgegenzubringen, ihnen mehr Austausch mit anderen Menschen und mehr Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. In nicht seltenen Fällen übernehmen sie allerdings andere Tätigkeiten, reichen z.B. Essen und Trinken an, begleiten alte Menschen bei Toilettengängen oder helfen bei der Pflege. Zulässig ist das nicht, aber kontrolliert und verhindert wird es auch nicht.

Das ist das Ergebnis der aktuellen, nicht repräsentativen Online-Umfrage zu Erfahrungen mit Betreuungskräften nach § 87b SGB XI, die sich insbesondere an pflegebetroffene Menschen in Pflegeheimen, an Betreuungskräfte sowie an Pflegekräfte richtete. Über E-Mail und diverse Pflegeforen im Internet (FaceBook) wurde um Teilnahme gebeten. „Es zeigt sich erneut, dass zusätzliche Betreuungskräfte im Pflegebereich nicht nur für die gesetzlich vorgesehenen Tätigkeiten eingesetzt werden“, so Reinhard Leopold von der Selbsthilfe-Initiative *Heim-Mitwirkung,* der die Umfrage mit Unterstützung der Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung e.V. (BIVA) durchgeführt hat.

Von allen Teilnehmern der Umfrage antworteten immerhin 30% namentlich und gaben mit ihren möglichen Anmerkungen und Zusatzinfos deutliche Hinweise auf die Probleme und Schwachstellen, die sie wahrnehmen. Einige Zitate: „Die § 87b-Kräfte müssen in der Pflege und in der Hauswirtschaft helfen. Für originäre Aufgaben bleibt extrem wenig Zeit, die darüber hinaus noch personenabhängig verwendet wird, d.h. es gibt Lieblinge und Anti-Lieblinge für die Betreuung.“ „Dort ist es im Moment nicht mehr schön als 87b Assistent/in zu arbeiten, 87b-Kräfte werden zu pflegerischen Tätigkeiten (z.B. waschen, Toilettengänge, Essen reichen) genötigt, wer nicht mitspielt, wird gemoppt und kann gehen, wenn es ihm nicht passt. Zeit für die Betreuung bleibt kaum.“ „Es herrscht erheblicher Fachkräftemangel in Pflegeeinrichtungen; Tendenz steigend.“ „Die Betreuungskräfte werden hausintern vermehrt eingesetzt für Wäsche- Küchenverteilung, Botengänge etc. Für Begleitungen, z.B. zum Arzt, bleibt keine Zeit.“ „Ich würde mir als pädagogische Fachkraft wünschen, dass stärker auf jährliche Weiterqualifizierung/Fortbildung der 87b-Kräfte geachtet wird, die Austausch und Anregungen außerhalb der Institution brauchen! Aber noch mehr wünsche ich ganz klare Vorgaben, welche Aufgaben ***nicht*** zu den Aufgaben von 87b-Kräften gehören.“

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) hatte 2012 in einer repräsentativen Studie zu Betreuungskräften in Pflegeeinrichtungen festgestellt, dass zwischen 70% und 80% der Betreuungskräfte täglich Nahrung und Getränke anreichen, knapp 50% Toilettengänge unterstützen und über 20% beim Waschen und Ankleiden der Bewohner helfen. Zu ähnlich hohen Ergebnissen kommt die aktuelle nicht repräsentative Online-Umfrage. Bei der Frage nach dem Einsatz von Betreuungskräften stellte sich heraus, dass 60% Essen und Trinken anreichen, rund 34% auch Toilettengänge unterstützen und fast 20% sogar pflegerische Hilfstätigkeiten ausüben.

Abgesehen von der Unzulässigkeit - streng genommen ist es Leistungsbetrug - kann auch die haftungsrechtliche Situation bedenklich sein. Wer ist verantwortlich, wenn sich ein Bewohner beim Anreichen von Nahrung verschluckt, beim Toilettengang stürzt oder eine Betreuungskraft bei der Körperhygiene angegriffen und verletzt wird, weil die zu pflegende, demente Person eine Handlung nicht versteht oder missdeutet? Ein Problembewusstsein besteht dazu weder bei der Mehrheit der Betreuungskräfte noch bei den Pflege-, Wohnbereichs- oder Einrichtungsleitungen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Seit Januar 2015 hat der Gesetzgeber die Möglichkeit, zusätzliche Betreuungskräfte einzusetzen, deutlich erhöht. Werden künftig noch mehr pflegerische Unterstützungstätigkeiten den professionellen Pflegekräften abgenommen? Werden einige Anbieter so die Gewinn- und Renditemarge noch weiter erhöhen können? Anreiz genug dürfte dabei die Tatsache sein, dass die Kosten für die 87b-Kräfte allein von den Pflegekassen getragen werden und somit die Kosten-Kalkulation der Anbieter nicht belasten.

Hier sind Gesetzgeber und Pflegekassen gefordert geeignete Kontroll- und Nachweismöglichkeiten zu schaffen, um den Leistungsmissbrauch konsequent zu unterbinden und Vergehen zu sanktionieren.

Reinhard Leopold, *Heim-Mitwirkung Bremen*

Anmerkung der Redaktion: Die Bremer Seniorenvertretung schließt sich der Forderung an, dass geeignete und regelmäßige Kontrollen gegen den Missbrauch von Betreuungskräften (nach §87b, SGB XI) stattfinden und Leistungsmissbrauch nachhaltig geahndet wird.

BIVA fordert Freigabe der Daten der MDK-Prüfberichte

Die Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung e.V. (BIVA) hat ihren Sitz in Bonn. Sie ist seit 1974 die einzige bundesweite Interessenvertretung für Menschen, die im Alter Wohn- und Pflegeangebote in Anspruch nehmen. Die BIVA ist gemeinnützig und politisch und konfessionell unabhängig. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Qualitätsmessungen in der Pflege mittels der MDK-Prüfberichte veröffentlicht sie folgende Pressemitteilung:

Die Regierung hat die Aussetzung der Pflegenoten zum Ende des Jahres angekündigt. Die Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung werden demnach vorerst beibehalten. Bis ein neuer „Pflege-TÜV“ in Kraft tritt, sollen weiterhin die Einzelprüfergebnisse veröffentlicht werden. Ein Vergleich der Einrichtungen soll in der Übergangszeit anhand von Prüfzusammenfassungen ermöglicht werden.

Die BIVA e.V. begrüßt die Beibehaltung der Qualitätsprüfungen. Kritisch sieht der Vorsitzende der BIVA, Dr. Manfred Stegger, dass weiterhin allein die Pflegekassen die Daten veröffentlichen dürfen und die Vorgaben für die Prüfzusammenfassungen erlassen sollen: „Damit erhalten die Kassen die Interpretationshoheit für die Auswertung ihrer eigenen Prüfergebnisse.“ Er fordert stattdessen, dass die Daten ungefiltert allen Verbraucherorganisationen zur Verfügung gestellt werden.

Die bislang gewählte Form der Veröffentlichung beruht auf einer Vereinbarung zwischen Anbietern und Pflegekassen. Dabei stand das Verbraucherinteresse nicht im Vordergrund. Für Pflegebedürftige und deren Angehörige haben die Daten nur einen geringen Aussagewert, und Vergleiche zwischen den Einrichtungen sind kaum möglich. Dies wurde bislang durch die irreführenden Schulnoten kaschiert. In Zukunft müsste jeder Verbraucher 49 bis 77 Einzelergebnisse betrachten oder einer Zusammenfassung durch die Kassen vertrauen. Eine Freigabe der Daten durch verbraucherorientierte Organisationen kann nach Meinung von Stegger am ehesten eine neutrale und nutzerfreundliche Darstellung der Prüfergebnisse für die lange Übergangszeit bis 2018 ermöglichen werden.

Als positiv bewertet Stegger, dass erstmalig in dem neuen Pflegequalitätsausschuss, der über die Weiterentwicklung der Qualitätsprüfungen ab 2018 entscheiden soll, auch die Verbände der Pflegebedürftigen mit Stimmrecht beteiligt werden sollen. „Etwa die Hälfte der Gelder, die in die Pflege fließen, wird direkt von den Pflegebedürftigen bezahlt. Deren Interessenverbände hatten aber bislang keinerlei Möglichkeiten über die Qualitätsmessung in der Pflege mitzuentscheiden. Eine Änderung ist lange überfällig.“

Pressemitteilung der **BIVA e.V.** v. 10. April 2015

Deutscher Seniorentag 2015 in Frankfurt

Der **11. Deutsche Seniorentag** findet vom **2. bis 4. Juli 2015** im **Congress Center Messe Frankfurt am Main** statt. Schirmherrin der Veranstaltung ist Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Die mehrtägige Veranstaltung mit Vorträgen und Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen des Alterns wird begleitet von Unterhaltungsangeboten und von der Messe SenNova.

Weitere Informationen zur **Organisation** und zum **Programm** finden sich unter:
11. Deutscher Seniorentag 2015, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), Bonngasse10, 53111 Bonn,
Tel.: 0228 / 24 99 93 – 29
Fax: 0228 / 24 99 93 – 20
E-Mail: dst(at)bagso.de

Das Bürgertelefon ist eingerichtet und funktioniert.

Wer schon mal telefonische Auskünfte bei Ämtern gesucht hat, wird sicher erlebt haben, dass er keinen oder erst einmal einen falschen Anschluss fand oder in einer Warteschleife hängen blieb. Im Januar 2011 wurde nun in Bremen das **Bürgertelefon** (BTB) mit der Nummer **115** gestartet. Die 115 hat sich quasi zur 361-0 gesellt und gewährleistet für Bürger und Bürgerinnen einen schnellen zentralen telefonischen Zugang zur bremischen Verwaltung. Wer z.B. wissen möchte, wo man sich ummelden, Reisepässe beantragen, größere Mülltonnen bestellen oder sonstige amtliche Auskünfte einholen kann und welche Formalitäten dafür zu erfüllen sind, wird direkt an die richtigen Stellen weitergeleitet.

Schon im März 2011 wurde dieses Serviceangebot in den bundesweiten 115-Verbund aufgenommen und seitdem ausgebaut. Insgesamt sorgen in Bremen 80 Mitarbeiter dafür, dass diese Einrichtung für die Bürger/-innen eine bessere telefonische Erreichbarkeit von behördlichen Dienststellen, Informationen aus erster Hand, qualitativ hochwertige Auskünfte und weitgehend eine abschließende Bearbeitung im Erstkontakt gewährleistet.

Auch die Beschäftigten in den Dienststellen der Freien Hansestadt Bremen profitieren vom BTB, denn die Zahl der Standardanfragen und -anliegen der Bürger/-innen ist zurückgegangen, was zur Entlastung der Bediensteten beigetragen hat. Außerdem konnten viele Anliegen (ca.65%) schon im Erstkontakt erledigt werden. Das sind Resultate aus einer Bürgerbefragung 2014. Sie ergab auch, dass gerade ältere Menschen einen erhöhten Informationsbedarf aufweisen. Sie verfügen seltener über einen Internetanschluss und bevorzugen das Telefon für Auskünfte. Demnach bedeutet das BTB besonders für die Bremer Seniorinnen/Senioren eine gute Hilfe bei der Erledigung von amtlichen Geschäften, z.B. auch bei der Suche nach Auskünften zu Fragen des Alterns, etwa der Begegnungsangebote oder des Wohnens, der Versorgung und der Pflege im Alter. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass die Mitarbeiter des BTB keine direkten Beratungen durchführen, sondern die Anrufer/-innen über die jeweils zuständige Stelle informieren und dorthin weiterleiten, z.B. zum nächstgelegenen Dienstleistungszentrum (DLZ) oder zu anderen behördlichen Instanzen der Altenhilfe.

Das Team des BTB muss mit der **115** hohe Qualitätsanforderungen erfüllen:

- Auskunft wird erteilt montags bis freitags von 8:00 bis 18:00 Uhr.
- Mindestens 75% der Anrufe sollten innerhalb von 30 Sekunden angenommen werden.
- Mindestens 65% der Anfragen sollten direkt beantwortet und erledigt werden (Vermittlung zählt nicht als erledigt.).
- Im Falle einer Weiterleitung sollte innerhalb von 24 Std. eine Rückmeldung an die Anrufer/-innen erfolgt sein.

Durch die Einführung des BTB stehen den Bremer Bürgerinnen/Bürgern außer dem Internet jetzt drei Informationsebenen zur Verfügung:

- **115** (7 Cent pro Minute über Festnetz)
- **361-0** zum Ortstarif
- **Persönlicher Kontakt** über die **BürgerServiceCenter**

Gerd Feller

Seniorenforum

Der Umgang von Politik und Wirtschaft mit den Rentnern

Es ist unglaublich, wie sich in den letzten zehn Jahren die gesetzliche Altersrente in Deutschland entwickelt hat.

Auf der Genehmigungsbasis der Rentenbezüge mit Stand 2004 an den Beispielen 1.000 €, 1.500 € und 2.000 € monatlich habe ich bis 2014 die tatsächlichen Reduzierungen in der Kaufkraft-Wertstellung errechnet. Dabei wurden alle Rentenerhöhungen, alle Erhöhungen im Beitrag der Gesetzlichen Krankenversicherung und die vom Statistischen Bundesamt bekannt gemachten Inflationsraten berücksichtigt.

Die angenommenen Beispiele haben sich in der Kaufkraftbewertung auf 885 Euro, 1.330 € und 1.771 € reduziert. Ab 1.1.2015 gehen von diesen Beträgen noch einmal die gesetzlich geltende Pflegebeitragserhöhung ab.

Die Politiker sind schnell bei der Hand mit der Totschlag-Argumentation, Schuld beim sinkenden Rentenniveau sei die demografische Entwicklung. Für die Zukunft trifft das sicher zu. Mit der zurückliegenden Zeit ist dieses Argument nicht zu begründen. Die Altrentner haben im Schnitt alle mindestens zwei erwachsene Kinder, die heute beruflich tätig sind. Die Bundesregierung selbst erklärt, dass in den vergangenen zehn Jahren auf einen Rentner noch 3,6 Beitragszahler kamen. Es wurde bis 2012 ein Rekordüberschuss aus den Beiträgen von 29 Milliarden Euro erzielt.

Seit den 90er Jahren wird von den Parteien und den Wirtschaftsverbänden eine unehrliche Diskussion über den Reformbedarf geführt. Erforderliche Reformen werden ohne offene und ehrliche Auseinandersetzung mit allen wesentlichen Einflüssen und Korrekturmöglichkeiten reduziert auf Belastungen der Versicherten durch einseitige Beitragserhöhungen und Rentenkürzungen.

Günter Steffen, Lemwerder

Resistente Keime können für Kranke tödlich sein

In den vergangenen Wochen haben sich Bundesgesundheitsministerium und Deutsche Krankenhausgesellschaft mit namhaften Klinikhygienikern darüber gestritten, ob tatsächlich weit über 30.000 Patienten im Jahr sterben, weil die Krankenhausinfektionen Grund dafür sind. Meistens handelt es sich um multiresitente Keime (MRSA) und sogenannte gramnegative Keime (ESBL), überwiegend Darmkeime, die resistent sind. Es bestehen für Auslöser dieser Keime bis heute in den wenigsten Fällen Meldepflichten. So ist das Robert-Koch-Institut bisher nicht in der Lage, konkrete Aussagen zu machen. Es gibt viele Spekulationen und nur ungefähre Daten bei den Gesundheitsämtern. Was ist zukünftig zu tun?

Es muss bei einer Krankenhausaufnahme ein Eingangsscreening veranlasst werden. Es muss vor allem in den Krankenhäusern viel mehr in die Reinigung investiert werden. Die Benutzung der Besucher in Räumlichkeiten für Patienten (z.b.Toiletten) sollte strikt untersagt werden. Auch Besucher sollten immer Fußschutzkleidungen überziehen müssen. Zu fragen ist sicher auch, was die hygienischen Fachkräfte bewirken könnten. Viel zu oft fehlen konsequente Personalführungen und Anordnungskompetenzen von den Stationsleitern und -leiterinnen, von den Pflegedienstleitungen und von den leitenden Ärzten, zumal der Medizinbetrieb zu wenig Rücksicht auf Empfehlungen nimmt. Die sehr oft festzustellenden Teamverabredungen in der Pflege in dieser Frage reichen nun wirklich nicht. Im Vordergrund bei den 18 Millionen Patienten im Jahr in Deutschland stehen für Krankenhäuser die lukrativen Fallpauschalen. Wenn die Mindestbehandlungsdauer nicht eingehalten wird, steigen die Einnahmen überproportional. Vorbildlich angeordnete hygienische Verhaltensmaßnahmen sind viel zu selten auf Krankenstationen anzutreffen, insbesondere in öffentlich rechtlichen Häusern fehlen diese sehr häufig. Spricht man unter vier Augen mit den verantwortlichen Ärzten, heißt es immer: „Wir kennen unsere Verantwortung und halten die Verhaltensregeln ein.“

Zu fragen ist auch, was die Gesundheitsminister der Bundesländer unternehmen. Bisher schoben sie die Veranlassungen für Hygienemaßnahmen einfach weiter auf die Selbstverwaltungen. Es fällt auf, dass auch die Gesundheitsämter knallharte Auflagen gegenüber Krankenhausträger versäumen.

Günter Steffen, Lemwerder

Von Zauderern und Wildentschlossenen

Sehr schön ist es, daß in Deutschland "allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim" gewählt wird. Verpflichtet diese Tatsache aber wirklich zur Wahl?

Wenn ich davon ausgehe,daß sich in unserem Land die Parteien, bezogen auf die INHALTE, in verstärktem Maße einander annähern, dann könnte der Wähler/die Wählerin auch durch Befragung der Kandidaten - Abgeordnetenwatch - zu klären versuchen, ob ein Kandidat

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

einer Partei von der Politik leben will. Versucht er, aus der Politik eine dauernde Einnahmequelle zu machen, oder ist er bereit zum Nachdenken, zum Polarisieren, zum Vertreten politischer Grundsätze? Ist er also bereit, Entscheidungen zu treffen?

Wenn es wahr ist, daß wir WÄHLER uns entscheiden, "indem wir aufhören, nachzudenken"(Kulturwissenschaftler Nicolas Dierks), dann möchte ich gerade aus diesem Grunde alle Wähler zu rationalen und reflektierten Wahlentscheidungen ermuntern. H.-U.Janetzki, Bremen

Das Seniorenforum ist eine Rubrik, die allen interessierten Mitgliedern der Seniorengeneration die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen und Gedanken vorzutragen. Die Beiträge werden von der Redaktion aus den Zuschriften ausgewählt, können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser wieder. Voraussetzung für die Veröffentlichung ist, dass der Name des Autors genannt wird und dessen postalische Adresse vorliegt. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller

Qualifizierte Leichenschau für jeden! Wie krass ist das denn?

Kürzlich überraschte mich in der Bremer Presse (Weser-Kurier, 17.04.15, S.7) ein Bericht, der wohl im Zusammenhang mit dem Delmenhorster Krankenpfleger steht, von dem alte und kranke Menschen in bisher nicht endgültig festgestellter Zahl mehr oder weniger erfolgreich zu Tode gespritzt wurden, wobei die zuständige Staatsanwaltschaft, was die Strafverfolgung angeht, keine rühmliche Rolle gespielt haben soll. Dieser Bericht trug die Überschrift „Tatort Zuhause“ und erläuterte, wie die Bremer Politik auf die Möglichkeit, dass sich solche Fälle auch in anderen Bereichen, eben im Familienumfeld oder in Pflegeheimen, ereignen könnten, reagieren will. Man vermutet, dass es viele verdeckte Morde gibt, und möchte verhindern, dass diese den Staatsanwälten durch die Lappen gehen. Deshalb wird nun eine „qualifizierte Leichenschau“ geplant.

Über folgendes Szenarium wurde in der Deputation für Soziales verhandelt: Ein Arzt stellt den Tod fest, ein anderer ermittelt in jedem Fall unter medizinischen Aspekten und bei Berücksichtigung des Lebens- und Wohnumfelds des/der Verstorbenen die Todesursache. Dieses Verfahren war unstrittig. Uneinigkeit bestand noch über die Untersuchungswege. Entweder wird die tiefergehende Leichenschau bereits am „Tatort Zuhause“ vorgenommen, oder es wird eine zentrale Einrichtung dafür aufgebaut, und zwar zusätzlich zur Gerichtsmedizin, die sonst wahrscheinlich ohne Zusatzinstitut raummäßig und personell völlig überfordert wäre.

Ich stelle mir das mal ganz konkret vor. Opa segnet das Zeitliche, die Angehörigen geben die Nachricht weiter. Der Haus- oder Notarzt erscheint und stellt den Tod fest. Etwas später klingelt es, und der amtliche medizinische Sachverständige tritt zusammen mit kriminalistisch geschulten Begleitern zur Feststellung der Todesursache ein. Er und sie richten ihre Blicke kritisch auf das Mobiliar, nehmen den Grad der in der Wohnung herrschenden Ordnung bzw. Unordnung wahr, versuchen, die soziale Lage zu ergründen, und mustern genau die anwesenden Trauernden. Warum? Weil das Umfeld des Verstorbenen begutachtet werden soll. Nach volkstümlicher Meinung lassen sich ja schon aus Unordnung, ärmlicher Ausstattung und dem Habitus der Gestalten (Aussehen, Haltung, Benehmen) erste Verdachtsmomente für eine Straftat ableiten. Ist es so, dann bestehen zukünftig für den Show-Master, je nach politischer Entscheidung über das weitere Verfahren, zwei Handlungswege: Entweder lässt er Opa im Zinksarg zur Begutachtung ins neue Leichenschauhaus transportieren oder er übt sein Amt am „Tatort Zuhause“ aus. Das Letztere bedeutet, er bittet die Trauernden, je nach Grad der Verdachtsmomente nett oder harsch, das Zimmer zu räumen. Dann baut er eine Sichtschutzwand auf, damit jede Teilhabe von Außenstehenden an der medizinischen Observierung des Leichnams ausgeschlossen wird. Es könnte sich sonst Empörung verbreiten. Vielleicht erscheint es auch sinnvoll, die Polizei einzuschalten, um Übergriffe verärgerter Angehöriger zu verhindern. Das Aufgebot ruft dann erfahrungsgemäß zusätzlich die Nachbarn auf den Plan, die sich sofort lauthals gegenseitig mit Mutmaßungen über die betroffene Familie beliefern und sowieso schon immer wussten, dass dort nicht alles mit rechten Dingen vorgegangen ist. Na, prima! Da braucht man keinen Fernsehkrimi mehr, da steht man voll im Leben. Wie dem auch sei, für die Trauernden dürfte die Situation allemal als grenzwertig und höchst belastend erscheinen.

Die „qualifizierte Leichenschau“ soll mit Beginn des nächsten Jahres greifen, allerdings gilt es noch einige Modalitäten abzusprechen. Man höre und staune! In unserer Gesellschaft besteht durchaus noch ein wenig Mitgefühl; denn es kamen wohl Einwände aus ethischer Sicht und mit Blick sowohl auf die von solchen Aktionen betroffenen Angehörigen als auch auf die beteiligten Hilfs- und Fachkräfte und deren Ressourcen. Man einigte sich darauf, nicht über die Köpfe der Bürger/-innen hinweg zu bestimmen, sondern den

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Kreis der Diskutanten zu erweitern. Das bedeutet auch für die Bremer Seniorenvertretung die Chance, Fragen zu stellen. Ich wage mal einige Vorschläge:

- Ist es vertretbar, wegen eines ausgerasteten Krankenpflegers und der recht späten Verfolgung vermuteter Tötungsdelikte nun gegen alle Angehörigen, Ärzte und Pflegekräfte einen Generalverdacht zu erheben, der die Totenruhe stört, die Trauernden irritiert und zusätzliche Kosten verursacht, die über die Versicherungsbeiträge gedeckt werden müssen?
- Wie vereinbart sich das Verfahren mit der Gepflogenheit, dass ein begründeter Anfangsverdacht einer Straftat vorliegen muss, um sie zu verfolgen und um derart in die Privatsphäre einzugreifen?
- Soll die „qualifizierte Leichenschau“ grundsätzlich ohne richterlichen Beschluss erlaubt sein?
- Eine CDU-Abgeordnete stellte bereits die Frage, was denn sei, wenn die Angehörigen sagen; „Opa bleibt zu Hause“.
  Ich stelle mal die Frage: „Was ist denn, wenn Opa oder Oma in ihrem letzten Willen bestimmt haben, dass sie sich nicht wegen eines leisen Verdachts, wegen des dummen Geredes von Nachbarn oder wegen des Tunnelblicks eines Leichenbeschauers vor Ort später auf einem Seziertisch zerstückeln lassen wollen?“ Gelten also weiterhin die Patientenverfügungen und der letzte Wille der Toten sowie ihr Recht auf Totenruhe und Menschenwürde oder nicht?
- Haben sich die Erfinder und Befürworter dieses Spektakels schon gefragt, inwieweit sich das Verfahren mit den religiösen und kulturellen Vorstellungen der Bürger/-innen vereinbaren lässt?
- Haben sie sich Gedanken darüber gemacht, inwieweit ein solches Verfahren auf Dauer die menschlichen Beziehungen in unserer Gesellschaft negativ beeinflusst?
- Da es sich bei den Verstorbenen nicht nur um alte Menschen handelt, sollte auch die Frage gestellt werden, ob es sich ausschließen lässt, dass dieses Verfahren in unserer ökonomisch ausgerichteten Gesellschaft dem illegalen Organhandel in die Hände spielt? Auf die Frage sollte nicht empört reagiert, sondern an den durchaus zutreffenden Toyota-Werbespruch gedacht werden: „Nichts ist unmöglich!“

Ich denke, man sollte sich sehr gut überlegen, ob man sich auf solche Strategien, wie in Bremen geplant, einlässt. Man sagt immer, selbst die Todesstrafe schrecke nicht vom Töten ab, Wenn das stimmt, dann kann auch trotz aller „qualifizierten Leichenschauen“ kein heimliches und unaufgeklärtes Töten a priori ausgeschlossen werden. Allerdings könnte der Preis für die Innovationen beim Umgang mit Verstorbenen und Angehörigen, was Sozialbewusstsein, kulturelle Werte und materielle Gegebenheiten angeht, sehr hoch werden.

Die Bremer Seniorenvertretung sollte dieses Vorhaben ablehnen. Ohne sichere Beweise für einen Anfangsverdacht und ohne richterlichen Beschluss keine qualifizierte Leichenschau, und wenn, dann nur in der Gerichtsmedizin! Die Politik sollte sich vielleicht wieder mehr um gesellschaftliche Werte und deren Erhaltung kümmern, damit gar nicht erst Rechtsbrüche und Gewalt gegen das Leben auftreten.

Sorgt doch, dass ihr,
die Welt verlassend,
nicht nur gut wart,
sondern verlasst eine gute Welt.
Bert Brecht

Aus der Senioren-Vertretung der Stadtgemeinde Bremen

Aktivitäten aus den Wohnquartieren

Woltmershausen/Rablinghausen

Der Beirat Woltmershausen/Rablinghausen hat sich in Form eines Arbeitskreises auf den Weg gemacht, einen **Stadtteilplan** zu erstellen. Vorbilder existieren bereits für die Stadtteile Gröpelingen, Walle/Überseestadt, Huchting, Neustadt und Vahr. Es wird ein altersorientierter Stadtteilplan mit entsprechender Schriftgröße und vielen Hinweisen auf Angebote und Tipps für ältere, aber auch für jüngere Menschen sein. Dieser Arbeitskreis des Beirats will bei der Auswahl der Inhalte des Plans auch Anregungen aus dem Kreis der interessierten Bürger/-innen berücksichtigen. Regelmäßige Treffen wurden vereinbart.

Die Bremer Seniorenvertretung ist durch Heidi Topf und Ursula Becker in die Vorarbeiten einbezogen. Selbstverständlich ist als mittelfristiges Ziel auch für unseren Stadtteil die **"Aufsuchende Altenarbeit"** ein Thema. Heidi Topf

Borgfeld

Diesmal verlief der **Wahlkampf** in Bremen ziemlich schlapp. Nicht zuletzt deswegen war wohl die Wahlbeteiligung niedriger als jemals zuvor. Da war es schon erfreulich, dass sich die Parteispit-

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

zen ab und zu in den Schulen einer Diskussion mit Jungwählern stellten. Solche speziellen Angebote hätte ich mir als Parteiloser auch für die Altwähler in den Wohnquartieren in größerer Zahl gewünscht.

Jedenfalls wurde in Borgfeld eine solche **Begegnung von Politikern mit älteren Menschen** angeboten. Am 05.Mai 2015 lud die CDU ins „Fleet“ ein, das als Restaurant ins Stiftungsdorf Borgfeld integriert ist.

Dort sprach der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof.Dr.Otto Wulff, zu den alten Menschen des Stadtteils. Anlass war nicht nur die Bremer Bürgerschaftswahl, sondern auch eine in Bremen stattfindende Tagung des Bundesvorstands der Senioren-Union. Der Saal war von alten Menschen sehr gut besetzt. Auch Mitglieder der Bremer Seniorenvertretung nahmen teil.

Leider beschränkte sich Prof. Wulff in seinem Referat auf eine Schilderung der inzwischen allerseits bekannten Lebenssituationen im Alter sowie auf eine Aufzählung der Probleme, z.B. Einsamkeit, mangelnde Barrierefreiheit, schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt. Konkrete Vorschläge zur Problemlösung fehlten, es blieb bei Allgemeinplätzen und beim Appell an die Seniorinnen/Senioren, man solle über die Lage intensiv nachdenken. Dementsprechend fiel auch die Kritik aus dem Publikum aus, es werde viel geredet, aber nichts getan.

Das Thema Altersarmut wurde vom Referenten nicht näher angesprochen. Da es aber schon seit langer Zeit die Bremer Seniorenvertretung beschäftigt und durch den letzten Bremer Armuts- und Reichtumsbericht (2014) erheblich an Brisanz gewonnen hatte, wurde es vom Pressesprecher der Seniorenvertretung aufgegriffen. Deren Position[1] dazu ließ die Diskussion lebhafter werden. Es zeigte sich, dass Altersarmut ein potentielles Streitthema ist, wahrscheinlich nicht nur für die CDU. Man sollte dabei z.B. nicht vergessen, dass sich die Bremer Seniorinnen/Senioren in den meisten Fällen mit ihrer Kritik und ihren Vorschlägen auch für die Jungen einsetzen; denn diese sind durch den jetzigen prekären Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung besonders von Altersarmut betroffen, wenn sie später in den Ruhestand eintreten.

Von der Landessenioren-Union Bremen war übrigens auf dieser Veranstaltung und überhaupt während der Wahlkampfzeit nichts zu hören. Dieser Vorwurf trifft nach meinen Beobachtungen allerdings auch die Seniorenorganisationen der übrigen Parteien. Ich hoffe, man ist lernfähig und macht es vor der nächsten Wahl besser, indem man sich, eingedenk des demografischen Wandels und der geringen Wahlbeteiligung, häufiger in die Wohnquartiere begibt und dort mit den Älteren über deren Anliegen und politische Erwartungen spricht. Gerd Feller

(1) vgl. DURCHBLICK Nr.149, Juni 2012, S.2-4, DURCHBLICK Nr.173, Juni 2014, S.1-2

Vahr

Mit Empörung wurde im Sozialausschuss des Ortsamtes Vahr die geplante sechswöchige Schließung der Bremer Hallenbäder aufgenommen.

Besonders für Senioren ist diese von der Bädergesellschaft bekannt gemachte Schließung ein Unding. Viele Senioren, die warme Bäder für die Heilung ihrer Rheumaleiden erhoffen, haben keine Möglichkeit, in dieser Zeit etwas für ihre Gesundheit zu tun. Man wird den Seniorinnen/ Senioren vor allen Dingen aus Kostengründen nicht zumuten können, private Fitniscenter zu besuchen. Wir meinen, dass man nach der im Vorjahr von der Bädergesellschaft durchgesetzten Pause Mittel und Wege finden müsse, um die Schließung nicht zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen. Es muss einfach die Möglichkeit geschaffen werden, auch im Sommer den Badegästen die Gelegenheit zu geben, etwas für ihre Gesundheit zu tun. Nicht zumutbar ist alten und kranken Gästen der Besuch in den Freibädern. Sicher ist der Betrieb der Freibäder für die Allgemeinheit wichtig. Nur darf man darüber die alten und gebrechlichen Menschen nicht vergessen.

Wir meinen, es müßten sich bei Beteiligung aller interessierten Stellen, Möglichkeiten finden lassen, die Hallenbäder zum Wohle der Allgemeinheit ganzjährig geöffnet zu halten.

Ernst Benthien

Anforderungen an eine flexible Gestaltung des Renteneintritts – BAGSO-Vorstand im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel

Im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel sprach sich der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) für individuelle und flexible Lösungen beim Renteneintritt aus.

Das Positionspapier der BAGSO, das die BAGSO-Vorsitzende Prof. Dr. Ursula Lehr der Bundeskanzlerin übergab, benennt sowohl arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als auch notwendige Anpassungen im Rentensystem: Vorrangiges Ziel muss sein, den Anteil derjenigen zu erhöhen, die bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen; zurzeit liegt dieser Anteil bei nur 25 %. Die Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs müssen, auch über das Regeleintrittsalter hinaus, verbessert werden. Die BAGSO-Verbände fordern

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

aber auch einen sozialen Ausgleich zwischen denen, die länger arbeiten können und wollen, und denen, die dazu nicht in der Lage sind. Sie sind daher für eine Beibehaltung des halben Beitrags, den Arbeitgeber bei der (Weiter-)Beschäftigung von Vollrentnern in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen müssen (sog. isolierter Arbeitgeberbeitrag), sowie für weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Das vollständige Positionspapier steht unter www.bagso.de zum Download bereit.

Im Koalitionsvertrag hatten die Regierungspartner vereinbart, den rechtlichen Rahmen für flexiblere Übergänge zu verbessern. Eine 2014 eingesetzte Arbeitsgruppe, der Vertreter beider Regierungsfraktionen angehören, soll hierzu Vorschläge erarbeiten.

Der Besuch des BAGSO-Vorstands im Bundeskanzleramt stand auch im Zeichen des 11. Deutschen Seniorentages, der vom 2. bis 4. Juli 2015 in Frankfurt am Main stattfindet.

Weitere Informationen:
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)
Ursula Lenz, Pressereferat
(**Quelle:** Pressemitteilung 5/2015 der BAGSO v. 06.05.15)

Datenbank des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) ist online

Die neue, frei zugängliche Datenbank des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) ist nun veröffentlicht worden. Mithilfe einer themenbezogenen Suchmaske können hilfe- und pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige deutschlandweit nach nahegelegenen Beratungsangeboten rund um das Thema Pflege, zu Vorsorgeregelungen, Demenz oder auch Wohnen recherchieren. Die neue Webseite finden Sie unter diesem Link: **http://bdb.zqp.de/**

Um die Aktualität der Daten zu gewährleisten, ist eine jährliche Abfrage bei den Beratungsstellen geplant.Selbstverständlich können Sie uns Änderungen oder Aktualisierungen auch jederzeit mitteilen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung, und zwar unter: Freie Hansestadt Bremen, Die Senatorin für Sozia les, Kinder, Jugend und Frauen Referat 32 Ältere Menschen - Offene und ambulante Altenhilfe, Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen
Tel.: 0421/ 361 -14413, Fax: 0421/ 496 -14413
Email: Doris.Mohr@soziales.bremen.de
Internet: www.soziales.bremen.de
(**Pressemitteilung** Sen.f.SKJF. Referat Ältere Menschen. 15.05.15)

Wahlspektakel

Als ich am Wahltag mit meiner Frau das Wahllokal in der Wilhelm-Focke-Oberschule betrat, fiel mir sofort die große Zahl älterer Menschen auf, die vor dem Tisch, an dem die Identifikation der Wähler/-innen stattfand, Schlange standen. Das mag nicht so den ganzen Tag über gewesen sein, aber in der Zeit unseres Besuches war es eben so. Unmut machte sich breit, weil es für die Älteren keine Stühle gab. Das allerdings war das kleinere Übel.

Sehr viel unangenehmer wurde der Wahlgang dann durch das Verhalten einer Wahlhelferin, als ein älteres Ehepaar gemeinsam hinter einer der aufgebauten Tische mit Sichtschutz verschwand, weil einer der beiden Ehepartner gehbehindert war und Unterstützung beim Hinsetzen brauchte, vielleicht auch beim Durchblättern der unhandlichen Wahlbroschüren. Mit sehr rüdem Ton in der Stimme ging die Wahlhelferin dazwischen. Während wir warteten, wurden wir Zeuge eines weiteren flegelhaften Spektakels aus ähnlichem Grund. Ich erlaubte mir dazu einige Anmerkungen hinsichtlich des Umgangs mit älteren Wählern, die aber ignoriert wurden. Übrigens: Hinweise auf die Wahrung des Datenschutzes erscheinen gerade bei Ehepaaren oder Lebenspartnern ziemlich albern.

Wegen des demografischen Wandels und des offensichtlichen Mangels an Benimm-Regeln empfiehlt es sich, den Kreis der Wahlhelfer vor der nächsten Wahl auf einen angemessenen Umgang mit älteren Menschen einzustimmen, damit einerseits Altersdiskriminierung vermieden wird und anderseits die Wahlbeteiligung nicht noch stärker absinkt.

Gerd Feller

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:
Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK**
erscheint monatlich auch im Internet unter
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Gerçeklerin gözden geçirilmesi Göçmen kökenli insanlar arasındaki yoksulluk Bölüm 2: Bremen'de durum

Zeynep Sümer

Almanya'da göçmen kökenli insanların fakirlik durumuna ilişkin verilerin toplanması zordur çünki milliyet veya köken istatistiksel tablolar diğer istatistik tablolar içinde yer alır. Böyle özel bilgiler de sadece o konuya özel ilgi var ise bulunabilir. Ekim 2014 yılında "Bremen'de yaşam durumları" başlığı altında yayınlanan İkinci Yoksulluk ve Zenginlik Raporu (Aurb) tasarımı, Ocak 2015 de Senato'da. Rapor, eyaletimizde yoksulluk ve zenginlik gelişimine dair 270 sayfayı aşan geniş bir malzeme içeriyor ve çeşitli nedenlere atıfta bulunarak fakirliği azaltmak veya tehlikeli olabilecek duruma gelmesini önlemek için alınacak tedbirler üzerinde efektleri belirtiyor ve ayrıca göçmen kökenli insanlar arasındaki yoksulluk üzerine , daha önce olduğundan daha fazla bilgi aktarıyor. "Durchblick´de" sadece bazı gerçeklere yer verilmekte.

Bremen şehir nüfusu , göçmen kökenli olan ve olmayan

Bremen şehri nüfusu	2007	2012
Toplam	547.769	545.451
göçmen kökenli		
0 - < 18 yaş	38.238	37.464
18 - < 65 yaş	98.886	103.952
65 yaş ve üzeri	10.411	13.209
göçmen kökenli olmayan		
0 - < 18 yaş	46.016	42.922
18 - < 65 yaş	249.754	245.940
> 65 yaş	104.464	101.964

(Kaynak: Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S. 77)

Göçmen kökenli nüfusun oranı 2014 AuRB itibariyle,%26.7 (2007) ,% 29,5 (2012) arttı. Bremen şehrinde göçmen kökenli yaşlı (60 +) oranı % 11.5 (2012) 'dir. 2030 yılında % 20 oranında artacak. 6 yaşından küçük çocukların yaklaşık yarısı (% 53.8) 2012(bkz. Aurb 2014, p.192, 267)göçmen kökenli . Yaşlılıkta yoksulluğu önleme göz önüne alındığında her zaman eğitimin önemi vurgulanır. Okul ve mesleki eğitim oranlarındaki veriler ilginç olmalı.

Bremen Eyaleti , göçmen kökenli olan ve olmayan(16 - <65)yaş nüfusun okul eğitimi oranı %

Nüfus 16 - <65 yaş	Hala okul eğitiminde	Okul diploması olan	Okul diploması olmayan
Göçmen kökenli olmayan	4	94	3
Göçmen kökenli	8	76	16

Bremen Eyaleti'nde,göçmen kökenli olan ve olmayan nufusun mesleki eğitim oranı %

Nüfus 16 - <65 yaş	Hala meslek eğitiminde	Meslek eğitim diploması ile	Meslek eğitimi olmadan
Göçmen kökenli olmayan	9	73	18
Göçmen kökenli	12	43	45

(Kaynak: Lebenslagen im land Bremen, 2014, S. 90)

Hiçbir eğitim veya mesleki diplomaya sahip olmayan 16-<65 yaş arası göçmenlerin oranı, göçmen kökenli olmayan grup ile karşılaştırıldığında çok daha yüksektir. Bu rapor aynı zamanda göçmen kökenli insanların daha sık işsizlikten etkilendiklerini gösterir. Ancak, göçmenlerin dörtte üçünün (% 76), bir diploması olması gerçeği göz ardı edilmemelidir. Bu göçmenlerin büyük bir kısmının "emek piyasası ve eğitimin içine başarılı bir entegrasyon için temel bir engeli aşmalarıdır".

(Kaynak: Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S. 90

Almanya'da göçmen kökenli olan ve olmayan işsizlerin eğitim oranı %

işsiz kişi	Göçmen kökeni olmayan	Göçmen kökenli
belirtilmemiş	1,9	1,5
Akademik Eğitim	8,3	5,8
Mesleki eğitim	39,5	17,5
Mesleki eğitim olmadan	50,3	75,2
Toplam	100	100

(Devami sayfa 10)

(Sayfa devami 9)

işsiz kişi	Akademi Eğitimi	Mesleki eğitim	Mesleki eğitimi olmayan
Göçmen kökeni olmayan	62,9	72,5	43,9
Göçmen kökenli	37,1	27,5	56,1
toplam	100	100	100

(Kaynak: Lebenslagen im Land Bremen, 2014, S. .92)

Bremen'de göçmen kökenli olan ve olmayan emeklilerin emekli maaş ortalama tutarı evrim verileri de göz önünde bulundurulmalı.

Bremen Eyaleti yaşlılık emekliliği ortalama miktarı Euro olarak

Yil	Erkek	Kadin
2000	960	463
2013	927	561

Bremen Eyaleti malulen emeklilik ortalama miktarı Euro olarak tutarı

Yıl	Erkek	Kadın
2000	771	590
2013	564	521

(Kaynak: DRV -Schriften, , Bd.22, Rentenversicherung in Zeitreihen ,Okt. 2014)

Ortalama emeklilik primi listelenen dönemde düşmüş ve aynı zamanda satın alma gücü 2000 yılından bu yana fiyatlardaki gelişmelerden dolayı azalmıştır. Federal bölgeler ile karşılaştırıldığında emekli maaş tutarı Bremen'deki göçmen kökenli olan ve olmayan insanlar için düşüktür. (Bkz.. Bölüm 1, "Durchblick"181, s.5). Bremen'de 153.378 kişi emeklilidir. Ortalama emekli maaşı kadınlar için 759 € erkekler için 1031 €.
" Emekli geliri,temel güvenlik yardımı ", "Şehir bölgeleri olarak fakirlik ve zenginlik " Duchblick'in bir sonraki sayısında ele alınacaktır.

Zeynep Sümer/Gerd Feller

(Faktencheck – Armut unter Menschen mit Migrationshinter-grund, aus "Durchblick 182, S.4-6)

Yaşlılara yönelik sosyal hizmet çalışmaları

Kısa bir zaman önce merakımı uyandıran bir broşür elime geçti. "Yaşlılara Ulaşma , ev ziyaretleri - Obervieland "buluşmak -ziyaret etmek -refakat ekmek-danışmak sözleri ile ne denilmek isteniliyordu ? Ev ziyaretleri Obervieland projesinde çalışan bayanlar kendilerini ve çalışmalarını tanıtmak istediklerini açıkladılar. Gröpelingen Hemelingen ve Obervieland'da yaşlılara yönelik sosyal çalışma , Çocuklar, Gençler ve Kadınlar Sosyal Senatörü(dıe Senatorin für Soziales,Kinder,Jugend und Frauen) tarafından finanse edilen bir proje olup yukarıda belirtilen üç semt ile başlatıldı. Obervielan'daki yetkililer Heidi Petersen ve Yvonne Finke. Devamlı daha fazla insan izole olmakta.

Büyük bir şehirde yaşamak her zaman sosyalleşme anlamına gelmez; hatta birçok daireli ,çok katlı binada bile çok yalnız olunabilir. Yalnızlığa karşı koymak için , günlük yaşamlarında yaşlılara destek olabilecek "Yaşlı ile sosyal hizmet çalışmaları" nda çalışmak isteyen gönüllü vatandaşlar gerek. örneğin:

- Resmi makamlara , doktora gitmede hatta şehirde öğle yemeği için yaşlılara eşlik etmek
- Yaşlı insanları , belki sadece kahve veya bir bardak çay içerek, günlük konular üzerinde konuşmak için ziyaret
- Yaşlılara tavsiyelerde bulunmak ve yaş ile ilgili tüm konularda bilgilendirmek
- Ya da sadece kafede veya sinemada yaşlı insanlarla tanışmak, zaman geçirmek.

Burada belirtilmesi gereken husus :"Yaşlı ile sosyal hizmet çalışmaları", alışveriş veya çalışma getir götür işleri için çalışmak anlamına gelmez, sadece bir yaşlı ile zaman geçirmek demektir. Bu konuda faydalı olmayı düşünüyorsanız , "yaşlı ile sosyal çalışma - ev ziyaretleri" nin yetkilileri ile temas edip , birçok olasılık gibi ne yapılabileceği ve haftada kaç saat yapılabileceği konuşulabilir. Uygun hazırlık sürecinden sonra yaşlı ile temas sağlanır. Bir sempati kurulduysa, o zaman bir deneme için engel kalmamıştır. İyilik yapki iyilik göresin. Birçok gönüllü çalışma, BREBAU, Bremischen Evangelische Kirche, den Gemeinden Paulus, ST.Markus, Stadtteilhäusern kattenturm ve Kattenesch ve Bremen Evangelischen Thomas Gemeinde tarafından desteklenmektedir. Burada ,Yaşlılar Temsilciliğinin sorusu "- Ev ziyaretleri ve yaşlılara yönelik sosyal çalışmalar" neden sadece üç semtte olsun?

Elke Scharff, AK „Sağlık "

(Aufsuchende Altenarbeit, aus „Durchblick" 182, S.7)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatskanzlei, Referat Integration)